

FAMILIENBONUS

Ein Plus für Gutverdienende

Die türkis-grüne Bundesregierung hat in ihrem Vorhaben zur Armutsbekämpfung die Erhöhung des Familienbonus Plus an erste Stelle ihrer geplanten Maßnahmen gesetzt. Eine kritische Bestandsaufnahme von ALEXANDRA GRUBNER.



Wurde der Familienbonus Plus schon nach Einführung durch die türkis-blaue Regierung 2019 wegen seiner geringen Auswirkungen auf Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung kritisiert, lassen auch Änderungen der aktuellen Bundesregierung durch eine Erhöhung des Familienbonus Plus und der Ausgleichszahlungen wenig Verbesserungen für einkommensschwache Familien erwarten.

Was ist der Familienbonus Plus und wer kann ihn beantragen?

Es ist ein Steuerabsatzbetrag, also ein Betrag, der in voller Höhe direkt von der Steuer abgezogen wird. Er kann somit

nur von Personen beantragt werden, die Lohn- bzw. Einkommenssteuer bezahlen. Dies bedeutet, dass alle Familien, die weniger als 11.000 Euro brutto im Jahr verdienen, vom Bezug des Familienbonus Plus ausgeschlossen sind. Kinder, die in diesen Familien aufwachsen, gelten als arm bzw. armutsgefährdet. Das betrifft rund jedes sechste Kind in Österreich.

Anspruchsberechtigte erhalten bis zu 1.500 Euro (ab 2020: 1.750 Euro) pro Jahr und Kind unter 18 Jahren (über 18 Jahre: max. 500 Euro). AlleinerzieherInnen, AlleinverdienerInnen oder einkommensschwache Familien erhalten einen sogenannten Kindermehrbetrag von 250 Euro (ab 2020: 350 Euro) pro Jahr. Dieser soll im Rahmen der Anhebung ab 2020 auf alle ArbeitnehmerInnen ausgeweitet werden. Ausgenommen sind jedoch Personen, die innerhalb eines Jahres mehr als 330 Tage Arbeitslosengeld, Mindestsicherung oder Leistungen aus der Grundversorgung bezogen haben.

Der Familienbonus ist keine Maßnahme zur Armutsbekämpfung

Bundeskanzler Sebastian Kurz und der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache präsentierten den geplanten Familienbonus Plus, der im Regierungsprogramm 2017 unter dem Kapitel »Fairness und Gerechtigkeit« stand, als ihr großes Vorzeigeprojekt zur Entlastung des Mittelstandes. Die Betonung einer längst fälligen finanziellen Zuwendung für den Mittelstand ließ die Tatsache, dass in diesem Konzept, wie es ÖVP und FPÖ eingeführt haben, nicht jedes Kind gleich viel wert ist, gekonnt in den Hintergrund treten. Denn nicht nur die Stärkung des Mittelstandes wurde damit vorangetrieben, sondern auch die Verquickung von Steuerpolitik und Familienförderung. Der Familienbonus Plus wurde damit zu einer staatlichen Zahlung, auf die nur die arbeitende Bevölkerung und ihre Kinder Anspruch haben. Dass sozial benachteiligte Familien von dieser Art der Familienförderung ausgeschlossen sind, erscheint als eine logische und legitime Folge steuerlicher Argumente. Kinder, die jetzt bereits arm bzw. armutsgefährdet sind, verschwinden damit aus dem politischen Blick. Umso erstaunlicher ist es, dass im neuen Regierungsprogramm die Erhöhung und Auswei-

tung des Familienbonus Plus als erste Maßnahme zur Armutsbekämpfung angeführt wird.

Eine Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung¹ hat den Familienbonus Plus als kein treffsicheres Modell zur Armutsbekämpfung kritisiert. Immer noch sind 166.000 Kinder in Österreich vom Bezug ausgeschlossen. Die Steuerabteilung der Arbeiterkammer Österreich rechnet vor, dass diese Zahl der Nicht-Anspruchsberechtigten zumindest auf 121.000 Kinder gesenkt werden könnte, wenn zumindest jene Personen, die innerhalb eines Jahres mehr als 330 Tage Arbeitslosengeld, Mindestsicherung oder Leistungen aus der Grundversorgung bezogen haben, in den Genuss des Familienbonus Plus kommen würden.

Frauen, MigrantInnen und AlleinerzieherInnen gehören zu den benachteiligten Gruppen

Ein genauerer Blick auf jene Bevölkerungsgruppen, die vom Bezug ausgeschlossen sind, macht sichtbar, dass vor allem Frauen, MigrantInnen und AlleinerzieherInnen die Benachteiligten dieser staatlichen Förderung sind. Wohlfahrtsysteme, die an eine kontinuierliche Erwerbsarbeit gekoppelt sind, benachteiligen genau jene Bevölkerungsgruppen, die nicht zuletzt aufgrund ihrer Sorgearbeit aus diesem kontinuierlichen Arbeitsmodell herausfallen. Dies zeigt auch die Statistik: Neun von zehn AlleinerzieherInnen in Österreich sind Frauen². Hinzu kommt, dass Frauen aufgrund von Erziehungsarbeit öfter in Teilzeit arbeiten und darüber hinaus bei gleicher Beschäftigung systematisch weniger verdienen als Männer (fast 20 Prozent!)³. Dies alles hat zur Folge, dass Frauen in der Regel einen geringeren bis gar keinen Anspruch auf

Familienbonus-Zahlungen haben.

Femme Fiscale, eine Initiative von Gruppen und Netzwerken, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt, machen auf diesen Umstand aufmerksam. Rund 75 Prozent des Familienbonus Plus erhalten Männer, während der größte Teil der Kinderbetreuung von Frauen geleistet wird. »Papas bekommen das Geld, während Frauen weiterhin die Hauptarbeit mit den Kindern haben!«, resümiert Elisabeth Klatzer von Femme Fiscale die Ungerechtigkeit des Familienbonus.

Dasselbe gilt für MigrantInnen, deren Medianeinkommen 20 Prozent geringer ist als das österreichische Mittel. Unter MigrantInnen sind Frauen stärker betroffen als Männer, da nur 58 Prozent von ihnen einer Lohnarbeit nachgehen und damit die Möglichkeit haben, Steuerabsetzbeträge geltend zu machen.⁴

FamilienbonusFair – eine Initiative für eine faire Familienförderung

Die Initiative FamilienbonusFAIR – UMVERTEILENjetzt macht auf diese Missstände beim Familienbonus Plus aufmerksam. Ziel der Initiative ist es, sichtbar zu machen, dass der Familienbonus Plus nicht bei jenen ankommt, die staatliche Unterstützung am dringendsten brauchen. Aus diesem Grund ruft die Initiative dazu auf, die notwendige Umverteilung selbst vorzunehmen. Von jenen, die den Familienbonus Plus erhalten, aber nicht auf das Geld angewiesen sind, zu jenen, die das Geld dringend benötigen. Hierfür bietet die Plattform der Initiative die Möglichkeit, den beantragten und erhaltenen Familienbonus Plus für soziale Projekte, die armutsgefährdete Familien unterstützen, zur Verfügung zu stellen und dadurch selbst umzuverteilen. Als weiteren Schritt hat es sich die Initiative zur Aufgabe gesetzt, Kriterien für eine Familienpolitik zu definieren, die armutsgefährdete Familien unterstützt und Kinderarmut verhindert. |

Veranstaltungshinweis Seite 55

1 Fuchs M., Hollan K., Gasior K., Premrov T., Scoppetta A. (2020). Falling through the social safety net? Analysing non-take-up of minimum income benefit and monetary social assistance in Austria, Soc Policy Adm. 2020.

2 Vgl. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/lebensformen/120594.html

3 Vgl. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html

4 Hajek, P., & Siegl, A. (2017). Integrationsbarometer 2017. Wien: Österreichischer Integrationsfonds.